

Was nichts kostet ist auch nichts wert...

Herabsetzung von Frauenarbeit durch- brechen:

**Aufwertung „typisch weiblicher“ Berufe wie
Pflege ist eine gesellschaftlich notwendige
Aufgabe**

Sorgearbeit ist, ob bezahlt oder unbezahlt, eine Frauendomäne. Weltweit leisten Frauen täglich 12,5 Milliarden Stunden unbezahlte Sorge-, Pflege-, Haus- und Fürsorgearbeit. Der sogenannte Gender Care Gap beträgt in Deutschland rund 52 Prozent, das bedeutet, dass Frauen im Durchschnitt mehr als die Hälfte der Zeit zusätzlich für unbezahlte Sorgearbeit aufbringen als Männer. Dieses Ungleichgewicht führt zu einem dazu, dass Frauen weniger Zeit haben, die sie als originäre Freizeit verbringen können und zum anderen fehlt ihnen diese Zeit auch, um sie in Lohnarbeit zu investieren. Dies ist einer der Gründe für den bekannten Gender Pay Gap, der Lohnlücke zwischen Männern und Frauen, der in Deutschland seit Jahren konstant bei 21 Prozent liegt – was wiederum dazu führt, dass Frauen in einer Familie eher unbezahlte Sorgearbeit übernehmen. Eine bekannte Spirale.

Die Stereotype, dass von Frauen Sorgearbeit unbezahlt erwartet wird, hat aber noch eine Folge: Es entwertet gesellschaftlich eben jene Tätigkeiten, die (auch) unbezahlt als Sorgearbeit erbracht werden, und sorgt auch dafür, dass die offizielle Infrastruktur für diese Bereiche nicht gut ausgebaut wird. Als Beispiele kann man (frühkindliche) Erziehung, Ganztagschulen, Angebote für behinderte Menschen und Pflege nennen.

Die Arbeit in der Pflege allgemein und besonders in der Altenpflege ist extrem schlecht bezahlt. Dieser zu geringe Lohn korrespondiert in keiner Weise mit dem Ausbildungsniveau von Pflegefachkräften oder mit der Verantwortung, die Pflegekräfte in ihrem Beruf übernehmen müssen. Dazu kommt, dass Pflegekräfte aufgrund der physischen Belastungen meistens nicht bis zum regulären Altersrenteneintritt arbeiten können und auch weit vorher viele Pflegekräfte deswegen ihre Arbeitszeit verringern. Beides verschärft die Altersarmut von Pflegekräften noch weiter.

Das Lohngefüge ist derart niedrig, dass sich im vergangenen Jahr sogar die Bundesregierung aufgefordert sah, mit dem sogenannten Pflegelohnverbesserungsgesetz den Druck auf die Arbeitgeber in der Pflege zu erhöhen. Nun verhandelt ver.di mit der Bundesvereinigung Arbeitgeber in der Pflegebranche einen Tarifvertrag, der dann von der Bundesregierung allgemeinverbindlich erklärt werden kann. Der Arbeitgeberverband wurde von freigemeinnützigen Trägern der Altenhilfe eigens gegründet. Die kirchlichen Träger berufen sich in Gänze auf den sogenannten Dritten Weg des kirchlichen Arbeitsrechts, der kollektive Arbeitsrechte massiv einschränkt – haben sich aber positiv auf das vorgeschlagene Verfahren bezogen. Die großen privaten Anbieter wiederum lehnen tarifvertragliche Regelungen unumwunden ab. Ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag gelte dann aber für die gesamte Branche. Wohin sich diese Diskussion entwickelt, ist aber wieder vollkommen offen. Bis Jahresende 2019 sollten Ergebnisse vorliegen, die mehr als zwei Monate später noch immer auf sich warten lassen. Die Verhandlungspartner halten sich bedeckt.

Fachkräftemangel und Engpässe sind in anderen Branchen Garant dafür, dass Löhne steigen – auch ohne staatliche Eingriffe. In der Pflege beobachten wir in der Folge aber eine besonders skurrile Situation: Die grundsätzlich für Beschäftigte prekarierte Form der Arbeit, nämlich die Leiharbeit, hat hier höhere Löhne zu bieten und lässt Pflegekräften mehr Gestaltungsspielraum bei der Arbeitszeit. Sie werden nicht aus dem Frei geholt und müssen einspringen, sondern können sich im Gegenteil ihre Schichten aussuchen. Leiharbeit bedeutet in der Pflege praktisch Notwehr – die Fachkräfte lassen sich nicht mehr auf die schlechten Bedingungen in einer Einrichtung ein, sondern gestalten sich ihren Dienstplan freier und verdienen besser. Dies zieht aber keine Debatte um bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne für alle nach sich, sondern hat im Gegenteil dazu geführt, dass die sozialdemokratische Berliner Gesundheitsministerin ein Verbot oder zumindest eine drastische Einschränkung dieses Teilbereichs durchsetzen will. Einige Leiharbeitsfirmen in Berlin reagieren bereits mit einer Lohnobergrenze auf den Vorstoß.

Doch statt nun Voraussetzungen für wirklich steigende Löhne zu schaffen und die Pflegefinanzierung wenigstens zu reformieren – obwohl längst eine Pflegerevolution nötig wäre – beschwört Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) weiterhin die Verantwortung der Familie. Das ist für ihn das ausschlaggebende Argument gegen eine Pflegevollversicherung, in der endlich alle pflegebedingten Kosten übernommen werden. Das fordert DIE LINKE seit langem. Mit einer Pflegevollversicherung müssten Menschen mit Pflegebedarf im Pflegeheim immer noch Kosten für Unterkunft und Verpflegung und sogenannte Investitionskosten tragen. Die ständig steigenden Eigenanteile, momentan sind es durchschnittlich bereits 731 Euro pro Monat, fielen aber weg. Finanzierbar ist dieses Modell mit einer Ausweitung der Einnahmen der Pflegeversicherung: Wenn alle Einkommensarten, also auch Mieteinnahmen oder Renditen für die Beiträge herangezogen werden und die Beitragsbemessungsgrenze fällt, so dass sich wirklich alle gemäß ihrer Möglichkeiten am Solidarsystem beteiligen, würde dieses System eine Durchschnittsverdienerin nur knapp fünf Euro pro Monat mehr kosten.

Eine Pflegevollversicherung würde extreme Spielräume schaffen, da steigende Löhne in der Altenpflege dann endlich keine steigenden Eigenanteile für Menschen mit Pflegebedarf in der stationären Pflege bedeuten würden. Das ist im jetzigen System der Fall. Der Konflikt ums Geld, der besonders in der Sorgearbeit eine gesellschaftliche Debatte ist, würde endlich wieder dahin verlagert, wo er hingehört. Eine Aufwertung der Sorgearbeit würde damit die gesellschaftliche Stellung von Frauen stärken – weit über den Pflegeberuf hinaus.

www.dielinke-nds.de

DIE LINKE.
N I E D E R S A C H S E N